

**Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 30. März 2017**

Nr. 49	Dorothea Angor Bündnis 90/Die Grünen	Wurde zurückgezogen
Nr. 53	Brigitte Forßbohm L&P Dez. II z.w.V. getauscht mit Frage Nr. 50	Nach Blickpunkt Stadtforschung 09/2017 laufen Bindungsfristen für öffentlich geförderte Wohnungen im Sanierungsgebiet Bergkirchenviertel (BKV) aus, demzufolge sei demnächst mit Mietsteigerungen zu rechnen. 1. Wie viele öffentlich geförderte Wohnungen sind im BKV seit 2010 aus der Mietpreisbindung gefallen? Wie viele werden bis 2020 herausfallen? 2. Wie viele davon sind im Besitz der Wohnungsgesellschaften der LHW? 3. In wie vielen Fällen wurden die Bindungsfristen verlängert? 4. Mit welchen Mietsteigerungen ist bei den Wohnungsgesellschaften der LHW zu rechnen? 5. Wie viele Wohnungen wurden im BKV seit 2010 in Eigentumswohnungen umgewandelt? 6. Planen die städtischen Wohnungsgesellschaften Modernisierungsmaßnahmen im BKV? 7. Wie viele Neubauten sind seit 2010 im BKV entstanden? Wie hoch ist der Anteil geförderter Wohnungen daran? 8. Wurde von der Möglichkeit des Rückkaufs von Belegungsrechten Gebrauch gemacht?
Nr. 54	Hartmut Bohrer L&P Dez. I i.V.m. Dez. V z.w.V. getauscht mit Frage Nr. 51	1. Welche Bewerbungen gibt es für die künftige Nutzung des Walhalla-Theaters? 2. Welche Absprachen und Vereinbarungen wurden mit den Bewerbern getroffen? 3. Welches Verfahren zur Vergabe ist (mit welchem Zeitplan) festgelegt? 4. Welche Aufgabe hat die SEG hierbei? Mit wem und mit welchen Institutionen (z. B. Denkmalpflege) wurde seitens der Verantwortlichen der Stadt und ihrer Gesellschaften zur künftigen Gestaltung des Walhalla kommuniziert? 5. Wann erfolgte dies und mit welchem Ergebnis?

<p>Nr. 52</p>	<p>Peter Schulz AfD</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Der als Motorradstellplatz ausgewiesene Parkplatz Friedrichstraße/Bahnhofstraße wird aufgrund seiner zentralen Lage stark frequentiert. Selbst in den Wintermonaten sind die 15 vorgesehenen Stellplätze jedoch für Motorräder nicht immer benutzbar, da die Stellplätze häufig durch parkende PKWs blockiert sind. Dieser Zustand hält seit ca. einem Jahr an. Die Gründe hierfür sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Stellfläche ist nur am Anfang mit einem Verkehrsschild gekennzeichnet. Rechtsabbieger von der Bahnhofstraße kommend können das Schild übersehen. 2. Die Stellfläche ist nicht durch Markierungen am Boden gekennzeichnet. 3. Es fehlt ein zweites Verkehrsschild am Ende der Stellfläche. 4. Es fehlt eine Begrenzung der gesamten Stellfläche, etwa durch im Boden verankerte Begrenzungsmittel. 5. Es fehlen "Fahrrad/Metallbögen" in der Mitte, die das Parken von PKWs verunmöglichen. <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <p>Wie lange soll dieser unübersichtliche Zustand noch anhalten und welche Maßnahmen sind hierzu geplant?</p>
<p>Nr. 50</p>	<p>Aglaja Beyes L&P</p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 53</p> <p>Schriftliche Beantwortung</p>	<p>Im „Spiegel Online“-Artikel vom 7.2.17 „Vorwurf der Scheinselbständigkeit“ wird berichtet, dass Lehrkräfte des Goethe-Instituts seit Jahren prinzipiell nur Honorarverträge bekommen - auch bei Vollzeitarbeit - und diese Praxis derzeit von der Deutschen Rentenversicherung überprüft wird.</p> <p>Ich frage den Magistrat: Sind vergleichbare Bedingungen bei Lehrkräften für Deutsch als Fremdsprache, die in Vollzeit arbeiten, auch in der LH Wiesbaden bekannt? Wenn Ja: Wo und was wird dagegen unternommen?</p> <p>Ist es zutreffend, dass es seit Jahren an der VHS Wiesbaden mehrere Dutzend Honorarkräfte gibt, die zwar als "Arbeitnehmerähnliche" anerkannt sind, weil sie in Vollzeit für die VHS arbeiten und von dieser wirtschaftlich abhängig, jedoch trotzdem als Freiberufler*innen ohne sozialen Schutz sind? Ähneln möglicherweise die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in der VHS den derzeit beim Goethe-Institut untersuchten? In wieweit sieht sich die Landeshauptstadt hier in der Verantwortung?</p>

Nr. 51	Hartmut Bohrer L&P Dez. VII z.w.V. getauscht mit Frage Nr. 54	Der Presse war um den Jahreswechsel zu entnehmen, dass durch die Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen wurde, dass Gräber von während der NS-Gewaltherrschaft verfolgten Sinti und Roma nicht mehr abgeräumt und eingeebnet werden dürfen und Bund und Land für die Grabpflege dauerhaft aufkommen. Um wie viele Gräber - auf welchen Friedhöfen - handelt es sich dabei in Wiesbaden? Welche Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses wurden in Wiesbaden getroffen?
---------------	---	---